

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonntags.

Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1 M.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlung und
Zahlstellen-Anzeigen die
3 gelbten Kolonnen-Beile
50 J.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.



Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Drey.

Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover.

Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Gewerkschaften

und preussische Landtagswahlreform.

Ein konservativer Landwirtschaftsbundler hat geäußert, der Arbeiter interessiere sich für ein Stück Wurst mehr als für die preussische Wahlrechtsreform. Mit dieser Einschätzung der Intelligenz des „gemeinen Mannes“ dokumentiert sich dieselbe hochmütige Juntergesinnung, wie sie in dem januschaerlichen Diktum: „Vox populi, vox Rindvieh!“ (Eine junterlich-dreiste Verballhornung des nach Homers Odyssee gebildeten lateinischen Sprichwortes: Vox populi, vox dei = Volkes Stimme, Gottes Stimme) Viehstallbustend zum Ausdruck gekommen ist. Allerdings konzentriert sich heute zunächst das unmittelbarste Interesse der karglich versorgten Arbeitermassen auf die Frage: „Was sollen wir essen?“ — Die hamsternenden Selbstversorger und die wucherischen Schieber und Schleichhändler leiden nicht an Unterernährung.

Indessen muß doch selbsterkennend gesagt werden, daß große Teile der arbeitenden Bevölkerung, auch gewerkschaftlich organisierte, die volle staatspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung einer Demokratisierung des Preussischen Landtags immer noch nicht begriffen haben. Zweifellos hat dazu die von der modernen Arbeiterbewegung unter dem ermattenden Einfluß einer unfruchtbareren Prinzipienreiterei lange geübte Abstinenz gegenüber dem „verkauften Dreiklassenparlament“ reichlich beigetragen. Jahrzehntelang ist es arbeiterseits als eine unbeachtliche Größe betrachtet worden, womit die agrarkonservativen Junker und die ihnen seelenverwandten Industriejuden gern einverstanden waren. Sie haben währenddem ihre Position systematisch befestigt. Die Fraktion der Agrarkonservativen hat sich seit der 14. Legislaturperiode (1879/82) bis zur gegenwärtigen von 110 auf 148 Mitglieder verstärkt, obgleich gleichzeitig die Bedeutung des „plakaten Landes“ gegenüber den Städten und Industriebezirken außerordentlich zurückging. In die Fraktionen der freikonservativen und der nationalliberalen Partei sind immer mehr ausgeprägte Vertreter des scharfmacherischen Programms des Zentralverbandes der Industriellen aufgenommen. Das sind jetzt die Hauptfrondeure gegen die Regierungsvorlage, obwohl sie das „Herrenhaus“ als Prellbock gegen die Demokratie ausbauen will. Die Zentrumsfraktion nahm ein paar Arbeiter als Konzeptions-schulzen auf, die linksliberale Gruppe der Volkspartei tat das nicht einmal. Seit 1908 hat ein kleines Fährlein Sozialdemokraten Einzug in das Haus an der Prinz-Albrecht-Straße gehalten — „aber was ist das unter so vielen?“ 10 unter 443! Das langt nicht einmal zur Stellung eines selbständigen Antrages, gestattet also kein initiatives Vorgehen. Die Vermögens- und Einkommensunterschiede in Preußen hat die Wahl von unabhängigen Arbeitervertretern zum Landtag immer mehr erschwert, und wenn nun das gleiche Wahlrecht, ohne jede Rücksicht auf Besitz, Einkommen oder sonstige Sonderprivilegien, nicht zur Anerkennung gelangt, dann werden die Kriegsbeutemacher die preussische Gesetzgebung am stärksten beherrschen.

Schon die Tatsache, daß der preussische Staatshaushaltsetat mit einer höheren ordentlichen Einnahme rechnet als selbst der Reichshaushaltsetat — für 1918 sind die ordentlichen preussischen Staatseinnahmen auf 6 538 836 278 Mk. veranschlagt! — beleuchtet die außerordentliche Bedeutung einer direkten, ihrer Kopfzahl entsprechenden Beteiligung der breiten Volksmassen an der Gesetzgebung und Verwaltung des preussischen Staates. Die Vereinstellung der Reichsgesetzgebung durch Preußen auf dem Wege der stärksten Vertretung im Bundesrat ist im allgemeinen bekannt, wird aber unfreiwillig von breiten Volksschichten keineswegs hinreichend gewürdigt. Die preussischen Bundesratsvertreter werden in ihrem Wirken direkt beeinflusst durch nicht mißverständliche Instruktionen der allen volkstümlichen Reformen abholden Landtagsmehrheit. Das haben die demokratisch geminten Volksvertreter im Reichstag bei den wichtigsten gesetzgeberischen Aktionen deutlich genug zu spüren bekommen. Ob es sich da um die Ausgestaltung des bürgerlichen Rechts, um das Strafrecht, die Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung, nicht zuletzt um das den Gewerkschaften besonders nahegehende Vereins- und Versammlungsrecht handelte, stets wurde den durchgreifenden Reformanträgen vom Bundesrat ein hartes „Nein!“ entgegengesetzt. Daß Preußen der Vater aller dieser Hindernisse war, ist gelegentlich selbst regierungsfreudig eingestanden worden. Alles, was wir im Reich und Staate an ausnahmsweise gescheiterten Maßregeln und ihnen funktionsverwandten Verordnungen erlebt haben und noch erleben müssen, fand und findet im Preussischen Landtage seinen Ausgangspunkt und seine Stütze. Die „echten Preußen“ haben nicht von ungefähr aus ihrer Sympathie mit den „echten Massen“ kein Hehl gemacht.

Darum sind gerade die Gewerkschaften aus einer Reihe sehr triftiger Gründe, die im einzelnen noch besonders beleuchtet werden können, außerordentlich interessiert an einer Demokratisierung des preussischen Landtagswahlrechts. Es sei vornehmlich hervor-gehoben, daß der preussische Staat auch ein Unternehmen größten Stiles ist. Auf dem Gebiete des Verkehrswesens steht er mit der Größe seiner Unternehmung sogar an der Spitze in der Welt. Für das Staatsjahr 1918 sieht die Eisenbahnverwaltung die Beschäftigung von 419 606 Beamten, Hilfsbediensteten und Arbeitern vor, für die an Gehältern, Löhnen usw. die Riesenausgabe von

938 259 Millionen Mark etatifiziert ist. Nach dem Betriebsbericht für 1916 sind damals allein 235 770 Lohnarbeiter — darunter 39 183 weibliche — beschäftigt gewesen. Zahlreiche Branchen sind darunter vertreten: Mechaniker, Elektrotechniker, Maschinenbauer, Schlosser, Dreher, Schmiede, Holzarbeiter, Lederarbeiter, Maurer, Zimmerer usw. Noch immer sträubt sich die Verwaltung gegen die Einführung mit den Gewerkschaften abgeschlossener Tarifverträge und findet damit natürlich den Beifall der Privatunternehmer im Zentralverband. Dem Ministerium für öffentliche Bauten ist das Bauwesen und die Wasserwirtschaft (Binnenschiff-fahrtstraßen) unterstellt, es hat darum starken Einfluß auf die Verhältnisse der Bauarbeiter und der Mannschaften in der Binnenschiffahrt. Eine Mitwirkung von Vertretern der Arbeiterorganisa-tionen bei der Regelung in den fraglichen Betrieben ist bisher noch stets unterblieben. Dem Tarifgedanken wäre eine sehr breite Bahn gebrochen, wenn sich die staatlichen Verwaltungen dazu ver-ständen, ihn in ihren Betrieben rückhaltlos anzuerkennen. Diese Anerkennung verweigert auch immer noch grundsätzlich die Ver-waltung der staatlichen Gruben, Hütten, Salzwerte und Salinen, in deren Anlagen vor dem Kriege schon über 100 000 Arbeiter tätig waren. Der preussische Staat ist auch der größte montan-industrielle Unternehmer Europas, und würde die Bekehrung der fiskalischen Verwaltung zur rückhaltlosen Anerkennung der Ge-werkschaften zweifellos der Anfang vom Ende des kraffen Herren-standpunktes der „schweren“ Bechen-, Eisen- und Stahlindustriellen bedeuten. In umfangreichem Maße betätigt sich der preussische Staat ferner als landwirtschaftlicher Unternehmer. Die Zahl der auf den fiskalischen Domänen und in den gleichen Forsten be-schäftigten Land- und Forstarbeiter ist auch eine recht bedeutende, bestimmte Angaben werden darüber leider nicht gemacht. Aber schon die Mitteilung, daß der Fiskus für das Staatsjahr 1918 aus seinen Domänen und Forsten einen Reinertrag von 140,6 Millionen Mark erwartet, 31,9 mehr als im Vorjahre, kenn-zeichnet auch diese staatliche Verwaltung als eine volkswirtschaftlich sehr wichtige. Hier sei hervorgehoben, daß der Fiskus für 1918 aus seinem Holzverkauf infolge der „steigenden Holzpreise“ (!) eine Einnahme von 175 Millionen Mark plant, noch 31,4 Millionen mehr als 1917; womit der Fiskus eingesteht, an der ungeheuerlichen Verteuerung des Holzes für Bauten, Möbel usw. kräftig mitzuwirken! Die enorme Erhöhung des eingezogenen Reingewinnes läßt aber nicht darauf schließen, daß den Land- und Forst-arbeitern entsprechend erhöhte Lohnmaßnahmen zuzuflehen sollen. Wie denn überhaupt mit der unwürdigen rechtlichen und sozialen Lage der Land- und Forstarbeiter und vornehmlich des „Gesundes“ erst ausgeräumt werden wird, wenn die feudale Mehrheit im Dreiklassenparlament mit diesem verschwindet.

Man darf ferner nicht übersehen, und daran sind die Ge-werkschaften am unmittelbarsten interessiert, daß die Ausführung der wichtigsten reichsgerichtlichen Arbeiterjugengesetze den Landes-zentralbehörden übertragen sowie diesen die Kontrolle der ge-werblichen Betriebe unterstellt ist. Das Thema der preussischen Gewerbeinspektoren ist ein Kapitel für sich und kein demokratisches für die Arbeitererschaft. Bergleich hat das sozialdemokratische Fährlein im Landtage bei jeder Etatsberatung eine zeitgemäße Reform der amtlichen Gewerbeinspektion durch die Zuziehung von Hilfsinspektoren aus der Arbeiterschaft verlangt. Der preussische Bureaunkratismus, befestigt durch die zahlreichen privatkapitalistischen Interessenten im Dreiklassenparlament, hat diese gewerbeinspektorische Reform hartnäckig verweigert, lehnt auch die ausreichende Ein-stellung von weiblichen Inspektoren ab, obgleich die gewerbliche Frauenarbeit immer größere Dimensionen annahm. Auch gegen die Bestellung von Bautenkontrolloren aus den Reihen der Bauarbeiter sträubt sich die Verwaltung der öffentlichen Bauten auf das heftigste. Ueberall Stagnation, wenn nicht gar Rück-schritte auf diesem für unser Volkswohl so eminent wichtigen Gebiete.

Bei dieser Sachlage müssen es die Gewerkschaften als ihre Aufgabe betrachten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden und zur Zeit geeignet erscheinenden Mitteln den Kampf für das all-gemeine, gleiche, geheime und direkte Landtagswahlrecht für Preußen nachdrücklich zu unterstützen. Hier handelt es sich in der Tat nicht um eine „rein preussische Angelegenheit“, sondern um eine Lebensfrage der Arbeiter Deutschlands! Der „Vater aller Hindernisse“ gerade auf den Gebieten, die unsre Gewerkschaften zunächst angehen, muß verschwinden. Die Regierungsvorläger haben sich jetzt entschieden für das gleiche Wahlrecht erklärt. Unse Gewerkschaften sind berufen, die Junker- und Scharfmacherfronde brechen zu helfen, wenn sie nicht anders will.

Die Organisation der Kriegsbeschädigten.

Für die Kriegsbeschädigten sind in Deutschland schon eine ganze Reihe von Organisationen gebildet. Sie entstanden zum Teil unabhängig voneinander und ohne fester Grundlage, lediglich als Zusammenfassung der Kriegsbeschädigten in bestimmten Gebieten des Reiches, wie zum Beispiel der Verein der Kriegsbeschädigten Riels, Schleswigs und Eckernfördes oder wie mehrere Vereine für einzelne Teile im südlichen Deutschland. Neben diesen territorial abgegrenzten Vereinigungen entstanden solche, die ihr

Rekrutierungsgebiet über das ganze Reich erstrecken oder doch er-strecken wollten. So der Hamburger Bund deutscher Kriegsbeschädigter, der Verein der Kriegsbeschädigten mit dem Sitz in Essen und der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegs-teilnehmer mit dem Sitz in Berlin. Die Gründer und Leiter der zuletzt genannten Vereinigung stehen an führenden Stellen in der modernen Arbeiterbewegung; gleichwohl ist die Vereinigung selbst durchaus unabhängig. Sie wurde gegründet, obwohl oder auch weil eine Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften es ab-lehnte, eine Vereinigung der Kriegsbeschädigten ins Leben zu rufen. Die Gewerkschaften haben auch später nicht versucht, den Bund unter ihren Einfluß zu bringen. Vielmehr hat erst am 25. März d. J. eine Vorstandskonferenz nahezu einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Konferenz sieht keinen An- s, zu dem Bunde der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer in befür-wortendem oder ablehnendem Sinne Stellung zu nehmen. Gegen die Förderung des Bundes durch Ge-werkschaftsfunktionäre bestehen keine Bedenken. Eine Verpflichtung in dieser Hinsicht kann jedoch niemand auferlegt werden. Die Entsendung einer Vertretung zu dem einberufenen Bundesstag wird der Generalkommission anheim-gestellt.“

Der im Schlußsatz erwähnte Bundesstag hat Anfang April in Weimar stattgefunden. Er sollte endgültig das Programm und die Satzung des Bundes festlegen und fernerhin versuchen, durch Verschmelzung mit andern Verbänden von Kriegsbeschädigten eine große Einheitsorganisation zu schaffen. Diese Aufgabe ist in den zweitägigen Beratungen gelöst worden.

Besetzt war der Bundesstag von 166 Delegierten, darunter 156 Kriegsbeschädigten aus allen Teilen des Reiches, von Königs-berg bis Friedrichshafen. Außerdem waren 16 Vertreter be-zugsfreier Kriegsbeschädigtenvereine, insbesondere des Ham-burger Bundes deutscher Kriegsbeschädigter, des Vereins der Kriegsbeschädigten Riels, Schleswigs und Eckernfördes und mehrerer süddeutscher Kriegsbeschädigtenbünde vertreten.

Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften wünschte Stadtrat Sassenbach (Berlin) der Arbeit des Bundes besten Erfolg. Die Gewerkschaften brachten dem Organisations-bedarfnis der Kriegsbeschädigten, die ja größtenteils ihre Mit-glieder seien, volles Verständnis entgegen. Die Gewerkschaften seien lebhaft für die Interessen der Kriegsbeschädigten eingetreten und hätten dafür im Reichsausfluß für Kriegsbeschädigten-fürsorge Verständnis und Entgegenkommen gefunden. Gleichwohl würden sie gern mit der Organisation der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer zusammenarbeiten, und sie hofften, daß dieses Zusammenarbeiten nicht nur mit einer, sondern mit allen Organi-sationsgruppen der Arbeiter und Angestellten gelingen werde.

Ueber die Entwicklung des Bundes berichtete Johann He d- m a n n (Berlin). Die Zahl der Kriegsbeschädigten werde nach diesem Weltkrieg so groß sein, daß ihre Eingliederung in das wirk-schaftliche Leben eine nationale Notwendigkeit ersten Ranges werde. Der Kriegsbeschädigte bedürfe dazu der Hilfe der Gesetzgebung im weitesten Umfange, insbesondere durch die Rentenvergewährung, den Einstellungszwang für Schwerbeschädigte und den Schutz vor Ueberanstrengung und Ausbeutung. Die Hilfsbedürftigkeit und wirtschaftliche Schwäche der Kriegsbeschädigten dürfe nicht zu einer Minderung der staatsbürgerlichen Rechte gegenüber denen führen, die durch den Krieg wirtschaftlich noch stärker geworden seien als vorher. Wer für das Vaterland gekämpft hat, dürfe im Staat nicht weniger gelten als der Kriegsgewinner. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sei eine Organisation unerlässlich. Der Bund müsse neben den Kriegsbeschädigten auch die Kriegsteilnehmer umfassen. Die im Felde bewährte Kameradschaft werde nicht da-durch aufgehoben, daß der eine verstümmelt, der andre äußerlich unversehrt zurückkehre. Die Kriegsteilnehmer würden auch ver-hindern, daß der Gesichtskreis des Bundes sich auf die Renten-frage beschränke und daß er ein Darulernenium großfuge. Parteipolitisch und religiös müsse der Bund vollkommen neutral sein. Kein Mitglied dürfe gefragt werden, welcher Partei oder welchen Glaubens er sei. Keiner Partei dürfe der Bund dienstbar werden; aber er müsse freudig mit allen Parteien zusammenarbeiten, die seine Ziele förderten.

Im Anschluß an dieses Referat berichtete Richter (Ham-burg) über die Entwicklung und die Anschauungsweise des Bundes deutscher Kriegsbeschädigter. Sitz Hamburg. Rößmann (Mün) referierte über das sozialpolitische Programm des Bundes und Krüger (Magdeburg) über die staatsbürgerli-chen Forderungen der Kriegsteilnehmer.

In dieses Referat schloß sich eine umfangreiche Debatte, welche die Frage der Neutralität, die Beteiligung der Kriegsteil-nahmer an dem Bunde und die besonderen staatsbürgerlichen Forderungen der Bundeskongresse mit umschloß. Dem Hamburger Bunde, dem Rielser Verein und zahlreichen Delegierten aus Süd-deutschland wurde die Forderung vertreten, daß der Bund sich ausschließlich auf die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Kriegsbeschädigten beschränke und eine demokra-tisierende Erledigung der Resolution Davidsohn zur Voraus-setzung der Einigung gemacht; die Kriegsteilnehmer, die nicht Kriegsbeschädigte seien, hätten danach im Bunde nichts zu suchen. Demgegenüber erklärten die Redner des Bundes der Kriegs-beschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, daß der Bund un-möglich die Millionen deutscher Krieger ausschließen könne, denen

Margarineindustrie und verspätet für einige andere Industriezweige zugestanden wurde, sondern an eine ausreichende Interessenvertretung, die sowohl der Arbeiterschaft wie den Unternehmern gegenüber ins Gewicht fällt.

Verschiedene Industrien

Ein Geständnis.

In einem Werbeauftrag für die 8. Kriegsanleihe schreibt die "Summzeitung":

Es ist außer Zweifel, daß die meisten Firmen unserer Industrie sich in der letzten Zeit in einem großen Maße der Preissteigerung und der Verknappung der Rohstoffe ausgesetzt gesehen haben. Infolge dieser Verhältnisse sind die meisten Fabriken in den letzten Jahren gütlich gearbeitet und konnten außerordentliche Gewinne erzielen, haben also durch den Krieg Vorteile gehabt.

Es ist immerhin bemerkenswert, daß ein Unternehmerblatt die Tatsache ausdrücklich hervorhebt, daß die Unternehmer durch den Krieg Vorteile gehabt haben. Sonst müßte man sich in der Unternehmerpresse eifrigst den Einbruch zu erwecken, als stellten die Unternehmer ihre Betriebe mehr im Interesse des bedrohten Vaterlandes als im Interesse des eigenen Geldbeutels auf Erzeugnisse für den Heeresbedarf ein.

Ein schlechtes Geschäft und ein fetter Vergleich.

Die Dunlop-Gummi-Compagnie in Genua war vor Kriegsausbruch zur Hauptsache im Besitz englischer Kapitalisten. Als dann die bekannte Auslandsbeziehung einsetzte, wandten sich gegen dieses Unternehmen allerlei Anklagen und Beschwerden. Dabei mußte der Unbekannte den Eindruck gewinnen, daß bei dem Vorgehen gegen das Unternehmen der "Patriotismus" nur die Maske war für ganz gewöhnlichen Konkurrenzneid.

Wie, sagen wir einmal, freigeig die Leitung der Dunlop-Gesellschaft trotz ihres nicht günstigen Geschäftsablaufes sein kann, zeigte sich kürzlich bei einem Streit zwischen dem Direktor des Werkes, Herrn R. Müller, und dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft, Herrn Kommerzienrat Meyer, dem Hauptaktionär der Adlerwerke.

Die Bayerische Zellulosewarenfabrik vorm. Albert Wacker in Nürnberg

steigerte im Geschäftsjahr 1917 ihren Reingewinn trotz starker Erhöhung der Unkosten auf das Doppelte des im Jahre 1916 erzielten, nämlich von 182 162 auf 365 270 M. Die Dividende wird von 8 auf 10 Prozent erhöht.

Ein Millionenbetrug mit Seite.

Zu der unter dieser Überschrift in Nr. 14 des "Proletariats" veröffentlichten, aus der Tagespresse übernommenen Notiz wird in der "Konjunkturalistischen Rundschau" mitgeteilt, daß nicht für 7, sondern nur für ein, etwas über 1 Million Mark Seite verurteilt wurde.

Eine Erklärung des Kriegsauslasses für Dele und Setze und der Seifen-Herstellung und Betriebsgesellschaft beschäftigt sich mit der gleichen Notiz. In dieser Erklärung wird mitgeteilt, daß von den schuldigen Personen etwa 12 Waggon s Seite im Gesamtwert von etwa 1 Million Mark zu übermäßig gesteigerten Preisen verkauft wurden.

Die Leitung der Großeinkaufsgesellschaft scheint schließlich noch Wert zu legen auf die Festhaltung, daß sich die Verantwortung nicht in der genossenschaftlichen Erzeugung ereignete, sondern bei der Erfüllung eines Auftrags einer Kriegsgesellschaft. Auch soll die Seite nicht auf K.-A.-Seite, sondern auf Seite für technische Zwecke umgearbeitet worden sein.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Keine Einigung im Leipziger Gewerkschaftsstreit.

Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei hat bekanntlich in Leipzig auch zu einer Spaltung des Gewerkschaftsstellens geführt. Eine Anzahl Organisationen sind aus dem Kartell ausgetreten, und im Oktober vorigen Jahres gründeten die Bahnhöfen der Appotheker, Handlungsgehilfen, Kupferstecher, Metallarbeiter, Sattler, Steinzeiger, Tabakarbeiter und Schner der ein besonderes "unabhängiges" Kartell. Diefen Streit suchte die Generalkommission zu schlichten. Auf ihre Veranstaltung

fanden am 25. und 26. November v. J. Verhandlungen statt, an welchen die Krisenvereinigungen der genannten Verbände, der Ausschuss des Leipziger Gewerkschaftsstellens und drei Mitglieder der Generalkommission teilnahmen. Die Verhandlungen führten zu einem einstimmigen Beschluß, nach welchem die ausgetretenen Gewerkschaften nach dem im Januar 1918 stattfindenden Neuwahlen dem alten Kartell wieder beitreten, worauf die Kommission des Kartells neu gewählt werden sollten.

Die Erwartung, daß dieser Beschluß zur Wiedervereinigung des Kartells führen würde, hat sich nicht erfüllt. Nach einem in der Konferenz am 26. November gefassten Beschluß sollte in einer besonderen Versammlung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute unter Teilnahme von Vertretern der Generalkommission die Politik der Generalkommission während der Kriegszeit erörtert werden. Zu dieser Versammlung, die am 17. März stattfand, hat der Kartellausschuss den Verband der Handlungsgehilfen nicht eingeladen.

Nachdem die Handlungsgehilfen so deutlich zu erkennen gegeben hatten, daß sie den Wiedereintritt ins Kartell zu den vereinbarten Bedingungen ablehnen, wurde von ihrer Einladung zu der Versammlung am 17. März abgesehen. Die übrigen ausgetretenen Gewerkschaften erklärten sich mit den Handlungsgehilfen solidarisch und blieben der Versammlung gleichfalls fern.

Das Tarifamt der Buchdrucker zum Massenstreik.

An dem Ende Januar stattgehabten Massenstreik hat sich in Berlin auch eine größere Zahl von Buchdruckern beteiligt. Darauf hat eine Anzahl der betroffenen Unternehmer Klage beim Tarifamt erhoben und beantragt, die am Streik beteiligten Gewerkschaften wegen Tarifbruch in Verbindung mit Kontraktbruch zu verurteilen.

Das Urteil des Tarifamts lautete:

"Die beklagten Gewerkschaften haben mit der gemeinsamen Arbeitsniederlegung sich des Kontraktbruchs schuldig gemacht." In den Entscheidungsgründen heißt es u. a.: "Zu den auf Erreue und Glauben aufgebauten Grundrissen der Tarifgemeinschaft gehört unbestritten auch der Wille der Tarifparteien, während der Gültigkeitsdauer des Tarifs Streits (und Aussperrungen) vollständig auszuschließen. Ob eine Arbeitsniederlegung (Streik) aus parteipolitischen Gründen erfolgt ist, vermag an der Tatsache des beangenen Kontraktbruchs nichts zu ändern."

Das Tarifamt hat den Arbeitgebern jedoch empfohlen, "von der Forderung einer Kontraktbruchstrafe abzusehen und mit der Entscheidung des Tarifamts den im Interesse des gewerblichen Friedens, der allgemeinen Tariflage und nicht zuletzt der Arbeiterfrage tief bedauerlichen und schwer zu verurteilenden Vorfall als geführt und erledigt zu betrachten."

Jahresbericht des Gaues 14 (Sitz Köln a. Rh.).

Wenn wir im vorigen Jahresbericht darüber klagen mußten, daß es im Gau nicht vorwärts gehen wollte, so können wir diesmal erfreulicherweise das Gegenteil berichten — es ging vorwärts! Die Mitgliederzahl im Gau ist von 1918 am Anfang auf 5775 am Ende des Jahres gestiegen, das ist eine Zunahme von 3797 Mitgliedern oder 192,3 Prozent. Gewiß ein erfreulicher Fortschritt; haben wir doch damit die höchste Mitgliederzahl, die der Gau im Frieden jemals gehabt hat (1. Quartal 1914 — 5574 Mitglieder), um 201 überschritten.

Den Vornamenanteil an dem Aufschwung hat die Bahnhöfe Köln zu verzeichnen. Von 900 am Anfang des Jahres stieg sie auf 245 Mitglieder, das ist eine Zunahme von 155 oder 17,2 Prozent. Damit hat Köln über die Hälfte des Mitgliederzuwachs allein erzielt und ist über den Friedensstand hinausgekommen.

Die Beitragsleistung war im Durchschnitt beständig. Es wurden 237 552 Markten umgelegt, das macht pro Kopf 59,61. Aber auch hier hat Köln den größten Anteil, es kamen dort pro Kopf 76,54 heraus, während andere Bahnhöfen noch immer weit unter dem notwendigen Durchschnitt blieben.

Markten pro Kopf und Jahr. Unter 48 Markten, also pro Quartal 12 Markten, blieben zwölf Bahnhöfen. Hier muß im nächsten Jahre unter allen Umständen Besserung eintreten.

Für die Hauptkasse wurden für Eintritte 5228 M. und für Markten 89 130,65 M. eingenommen. Davon wurden für Erwerblosenunterstützung 12 382,10 M. und für andere Unterhaltungen zusammen 3250,35 M. für die Weihnachtsgabe 1644 M. ausgegahlt und 60 652,35 M. an die Hauptkasse eingezahlt. Der Bestand der Kassen lag am 29.12.18 auf 29 029,24 M.

Die Agitationsarbeit war selbstverständlich eine sehr rege. Sie wurde durch das Hilfsdienstgesetz erleichtert. Während vorher jedes Versammlungsleben unterbrochen war, bekamen wir nunmehr die Erlaubnis zu Versammlungen, weil die Mitgliere der Gewerkschaften für das Hilfsdienstgesetz dringend notwendig war. Es muß hierbei ausdrücklich konstatiert werden, daß die Militärbehörden hierbei viel loyalere und entgegenkommendere vorgingen als die Zivilbehörden.

Die Wahlen zu den Arbeiterratsausschüssen hatten überall da, wo wir noch rechtzeitig eingreifen konnten, für uns sehr gute Erfolge. Teilweise wurde der Ausschuss ganz durch organisierte Arbeiter besetzt, trotz der Gegenagitation der Unternehmer und ihrer Schölinge. Nur da sind die Organisationen ausgeschaltet worden, wo die Arbeiter von den Unternehmern überzogen wurden und wir zu spät kamen.

Bei der Maßregelung mißliebiger Arbeiter finden die Unternehmer leider bei der Militärverwaltung manches Entgegenkommen. Reklamierete Arbeiter, die jahrelang unabkömmlich waren und im Interesse der nationalen Arbeit sogar aus dem Schützengraben reklamiert waren, wurden nun plötzlich abkömmlich, wenn sie es wagten, für ihre Interessen oder gar für die Interessen ihrer Mitarbeiter einzutreten. Sie wurden einfach freigegeben und entzogen.

Daß bei der Agitation auch Mißerfolge zu verzeichnen sind, ist wohl nicht zu verwundern. In Lieberose in der Eifel befindet sich ein Kalkwerk, das der Stichtoffhängerfabrik Knapsack gehört, aber an einen Pächter aus dem Nachener Bezirk übergeben ist. Dort arbeiten 24 Mann, von denen 23 reklamiert sind.

Ein anderer Weg zur Bekämpfung des verhassten Fabrikarbeiterverbandes schlug die Firma Goldschmidt in Ehen ein. Da es nicht mehr möglich war, die organisierten Arbeiter kurzerhand hinauszuschmeißen, so mußte etwas anderes versucht werden. Der Herr Ludwig wurde in die Versammlung geholt und kamte hier mit vollen Händen das Loblied seines Herrn an und rühmte, daß ungeheure Summen für das Wohl der Arbeiter ausgegeben werden. Allein 300 000 M. sollten im Jahre 1916 für Lebensmittel zugestimmt worden sein, was bei ca. 1000 Arbeitern pro Arbeitstag eine Mark ausmachen würde.

Einem andern Weg zur Bekämpfung des verhassten Fabrikarbeiterverbandes schlug die Firma Goldschmidt in Ehen ein. Da es nicht mehr möglich war, die organisierten Arbeiter kurzerhand hinauszuschmeißen, so mußte etwas anderes versucht werden. Der Herr Ludwig wurde in die Versammlung geholt und kamte hier mit vollen Händen das Loblied seines Herrn an und rühmte, daß ungeheure Summen für das Wohl der Arbeiter ausgegeben werden.

Im Jahre 1917 waren eine ganze Reihe Lohnbewegungen zu verzeichnen, die durchweg gute Erfolge brachten. In zahlreichen Betrieben wurden Lohn erhöhungen erreicht, in einzelnen Fällen auch eine Besserung der Arbeitszeit. Im allgemeinen kann das Ergebnis des letzten Jahres befriedigend genannt werden.

einer ganzen Reihe von Jahrestagen... Berlin. (Lohnbewegungen.) Gummimarkindustrie...

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. (Lohnbewegungen.) Gummimarkindustrie und verwandte Gewerbe... Berlin-Frankfurter Gummifabrik... Gummiwarenfabrik...

längst nicht im Einklang... Die Hauptklasse verzeichnet 80 714,85 Mtl... Köln-Knapfack... Kupperting (Abtd.)... Rundschaau... Warnung für Arbeitssuchende...

alten Buchhändlern zusammengefasst... Ein wichtiges Gerichtsurteil... Verbandsnachrichten... An Versicherungsbeiträgen... Neue Adressen und Adressenänderungen...